



Editorial

2 FINMAG

Auf dem Weg zu einer modernen Aufsicht

4 Das Interview

Urs Ph. Roth, CEO der Schweizerischen Bankiervereinigung

6 KOSA - Initiative

Falsche Hoffnungen bergen erhebliche Gefahren

7 Basel II

Schlusspunkt im Marathon

Lors d'une discussion avec un collègue au cours de la Journée des banquiers, ce dernier me posait la question: «Dans le fond, quelle est l'activité du Secrétariat de l'Association suisse des banquiers? On ne se rend pas compte de vos tâches journalières!»

Je fus interpellé car pour ceux d'entre nous qui suivent les dossiers chauds de l'actualité bancaire, les aspects réglementaires de celle-ci, les débats parlementaires et les développements internationaux, l'idée que notre travail soit à ce point méconnu était insupportable.

Nous avons donc décidé de publier deux fois par an «insight», revue qui sera largement distribuée à tous nos membres, afin de décrire dans le détail notre activité, de mieux faire connaître, dans nos propres milieux, nos positions et enfin de communiquer, en toute transparence, les étapes les plus significatives de notre emploi du temps. Afin de correspondre à la diversité linguistique de nos membres, «insight» paraîtra en plusieurs langues.

Puisse cette publication éveiller votre intérêt, renforcer l'estime que vous portez aux travaux de l'ASB et mieux vous faire connaître nos collaborateurs, qui se dévouent avec toute leur énergie et leurs compétences à la défense de vos intérêts!

Pierre G. Mirabaud

Président de l'Association suisse des banquiers

•Schweizerische Bankiervereinigung

Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel
T +41 61 295 93 93
F +41 61 272 53 82
office@sba.ch
www.swissbanking.org

FINMAG – auf dem Weg zu einer modernen Aufsicht

Brauchen wir ein neues Gesetz und eine neue Behörde, wo doch allenthalben die Überregulierung beklagt wird? Sind wir einmal mehr dabei, dem Perfektionismus und «Swiss Finish» zu huldigen? Nein: Das Gesetz bringt den Beaufsichtigten und ihrer Kundschaft eindeutige Verbesserungen. Drei Aspekte.

«Same risks, same rules»

Hinter dem neuen Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMAG), das zurzeit vom Parlament beraten wird, steht das Prinzip «Same risks, same rules». Zu begrüssen ist neben der Kombination von Banken- und Versicherungsaufsicht vor allem auch der Einbezug der Kontrollstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Statt der bisher drei Behörden wird die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) nun mit einer Stimme auftreten, zumal gegenüber dem Ausland.

Grenzen behördlicher Informationstätigkeit

Verlautbarungen über hängige Fälle sollen bloss noch zulässig sein, wenn es der Schutz von Marktteilnehmern, die Berichtigung falscher bzw. irrtümlicher Informationen oder die Wahrung des Ansehens des Finanzplatzes erfordern. Auch soll das «Naming and Shaming» einzelner Institute nur mehr bei schwerem Fehlverhalten, nach Verfahrensschluss und mit Rechtsmittelvorbehalt möglich sein. Das liegt nicht zuletzt im Interesse der Kundschaft.



Keine Datenbank zur Selbstbedienung

Mehr und mehr verlangen Prozessparteien vor Gericht die Herausgabe von Informationen der Bankenaufsicht, statt den Beweis im eigenen Prozess zu erbringen. Das ist für sie bequem, gefährdet aber die Zusammenarbeit der Banken mit ihrer Aufsichtsbehörde. Denn das Recht, sich nicht selber zu belasten und die Aussage zu verweigern, wird dadurch unterlaufen. Deshalb soll es der FINMA erlaubt sein, die Herausgabe abzulehnen, wo sie der Aufsichtstätigkeit hinderlich wäre.

Fazit: ein gutes Gesetz

Mit diesen Weichenstellungen – und von kleineren, noch möglichen Verbesserungen abgesehen – ist das FINMAG ein gutes Gesetz und verdient Zustimmung.

christoph.winzeler@sba.ch

Issues Monitoring

Positive Perception von Swiss Private Banking



Die SBVg führt zusammen mit der Uni Zürich ein Issues Monitoring durch mit dem Ziel, die finanzplatzrelevanten Themen früher zu erkennen. Seit Abschluss der Bilateralen II ist z.B. der mediale Druck auf den Finanzplatz merklich zurückgegangen. Dieses veränderte Wahrnehmungsklima zeichnet sich durch eine grundlegende Abnahme der öffentlichen Fokussierung auf das Bankkundengeheimnis bei gleichzeitig gestiegenen Akzeptanzwerten im Ausland aus. Neue Themen fanden vermehrt Eingang in die Berichterstattung. So hat sich in den vergangenen 12 Monaten auch die Perception des «Swiss Private Banking» positiv entwickelt. Vermehrt Anerkennung findet der Gedanke, dass die Zukunft nicht in einem «Entweder-onshore-oder-offshore», sondern viel mehr in einem «Sowohl-onshore-als-auch-offshore» liegt. Damit scheinen unsere Kommunikationsbotschaften langsam anschlussfähig geworden zu sein. Das heisst nämlich, dass das für einzelne Schweizer Banken zunehmend an Bedeutung gewinnende onshore Banking richtigerweise als eine Ergänzung und nicht als Konkurrenz zum offshore Banking steht.

thomas.sutter@sba.ch

La Coupole

Lobbying in Bern

Dialog, Transparenz und Glaubwürdigkeit. Dies sind die zentralen Arbeitsinstrumente, mit denen wir die Interessen unserer Mitglieder auch im politischen Bern effizient wahrnehmen können. Dabei gilt es, sowohl das Ohr auf die berühmte (regulatorische) Schiene zu legen als auch die Positionen und Standpunkte des Finanzplatzes Schweiz gegenüber Politik und Behörden klar zum Ausdruck zu bringen. Damit wir auch in Bern gehört werden, steht uns eine breite Palette an Möglichkeiten zur Verfügung. So haben wir beispielsweise zu zahlreichen Themen Veranstaltungen und Treffen verschiedenster Grösse durchgeführt, so unter anderem zu den Themen Rechtshilfe, Bilanzanalyse, strukturierte Produkte. Zudem nutzen wir die parlamentarischen Sessionen sehr intensiv, um die Netzwerke zu pflegen und künftige Anliegen vorzuspüren. Die Herbstsession 2006 wird insofern speziell, als sie wegen der Renovierungsarbeiten im Bundeshaus in Flims durchgeführt wird. Natürlich folgen wir dem Parlament in die Berge und bieten auch in luftiger Höhe unsere bewährten Anlässe für Parlamentarierinnen und Parlamentarier an. Im Vordergrund unserer Arbeit stehen selbstverständlich persönliche Gespräche mit Vertretern von Bundesrat, Parlament, Bundesverwaltung und Parteien. Diese Gespräche können sowohl im Jahresprogramm fest vorgesehen sein als auch ad hoc nach Tagesaktualität und ohne Traktandenliste stattfinden. Wesentlich sind dabei der Gedankenaustausch und die Möglichkeit, unsere Standpunkte nachhaltig zu vertreten. Bei sämtlichen Massnahmen verfolgen wir das Ziel einer langfristigen Wirkung und legen Wert auf eine beständige und konsequente, aber unaufdringliche und offene Präsenz. Unsere Vereinigung hat in «Bundesbern» dank dieses Ansatzes und einer seriösen, auf konstruktive Lösungen ausgerichteten Kommunikation den Ruf eines vertrauenswürdigen und konstruktiven Gesprächspartners und «good citizen». kuno.haemisegger@sba.ch

Vernehmlassungen

- 19.12.05 • Umsetzung von Basel II in der Schweiz (EBK)*
- 22.12.05 • Vernehmlassungsvorlage zu den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung (ESTV)
- 30.12.05 • Mise hors cours des pièces d'un et de cinq centimes dans le cadre du programme d'abandon de tâches de l'administration pour les années 2006 à 2008 (DFF)
- 27.2.06 • Abrogation de la LF sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger/Révision de la LF sur l'aménagement du territoire (Lex Koller) (DFJP/DFETEC)*
- 31.3.06 • Änderung des Obligationenrechts (Miete)* (EVD)
- 5.12.05 – 31.5.06 • Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht (EJPD)
- 5.06 – 8.06 • Revision des Mehrwertsteuergesetzes (EFD)
- 4.06 – 6.06 • Umsetzung der GAFI-Spezialempfehlung IX (EFD)
- 3.06 – 5.06 • Vorlage zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der zeitlichen Bemessung, der Steuerauscheidung, des Steuererlasses und der Lotteriegewinnbesteuerung (bei den Finanzdirektionen der Kantone) (EFD)

* Ausführliche Informationen:

www.swissbanking.org/vernehmlassungen

Market Trend

Net New Money: What's new?

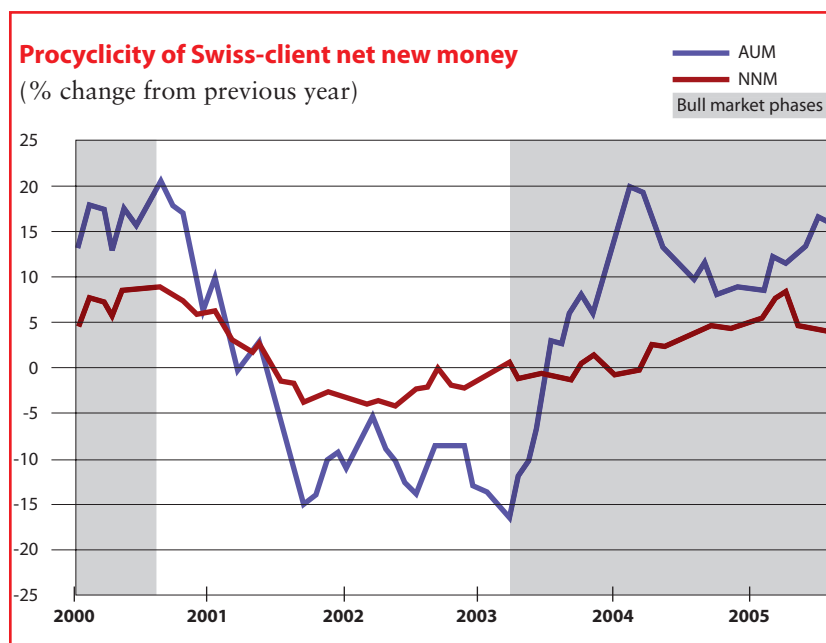
The volume of assets under management (AUM) has always lent itself to extrapolations. Net new money (NNM) has involved even more obscure second-guessing. A recent SBA working paper sheds light on the dynamics of NNM for the Swiss client base.

According to the Swiss National Bank's data on client portfolio holdings, banks in Switzerland were estimated to hold an all-time high of CHF 4300 billion at year-end 2005. This 25% year-on-year increase owed much to the sustained growth momentum in stock markets and to strong NNM results.

Based on data limited to the Swiss client base, the paper breaks down pattern variations in AUM into the respective contributions of market returns and NNM. Over the 1999–2005 period, NNM is found to account, on average, for about one-third of the fluctuation in AUM. NNM displays pro-cyclical yet asymmetric patterns. Its share is higher when markets soar and vice versa.

However, the synchronisation with boom-bust cycles in financial asset prices is imperfect, reflecting typical behavioural biases. Investors keep on buying securities that have enjoyed recent gains, even if the market trend has reversed. After bear market episodes, they tend to divert disposable savings to non-bankable asset classes for a while.

steve.donze@sba.ch



Das Interview

In Bern geniessen wir einen guten Ruf



Urs Ph. Roth, CEO Schweizerische Bankiervereinigung, über deutsche Diskriminierungen, asiatische Allianzen und innovationshemmende Regulierungen

Die Bilateralen sind unter Dach und Fach, und seitens der Europäischen Union ist es in jüngster Zeit etwas ruhiger geworden. Müssen Sie nun weniger oft als in der Vergangenheit nach Brüssel reisen?

Fakt ist, dass mit den Bilateralen Verträgen II das Bankkundengeheimnis in mehreren Staatsverträgen langfristig fest verankert wurde. Dies kann durchaus als Erfolg für die Schweiz und für den hiesigen Finanzplatz verbucht werden. Hier dürfen wir folglich auch zu Recht Vertragstreue seitens der EU erwarten. Wir sind aber nicht blauäugig. Der unseres Erachtens vor allem wettbewerbs-technisch bedingte Druck auf das Bankkundengeheimnis dürfte auch wieder stärker werden. Und doch: Brüssel ist zurzeit etwas aus dem Fokus gerückt. International gilt es eher, mit Berlin eine Lösung zu finden, die die Schweizer Banken im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft nicht länger diskriminiert.

Was unternimmt die Schweizerische Bankiervereinigung in dieser Angelegenheit, die seit mehr als 2 Jahren aktuell ist?

Wir versuchen seit Längerem auf verschiedenen Kanälen unsere Interessen wahrzunehmen. So steht dieses leidige Thema bei allen unseren regelmässigen Kontakten mit «Bundesbern» auf der Agenda. Wir erwarten, dass nun auch mit der neuen Regierung in Berlin weitere Gespräche geführt werden.

Das dürfte aber kaum ausreichen. Sind Sie auch vor Ort in Deutschland aktiv?

Selbstverständlich sind wir auch in Berlin selber aktiv. Seit gut zwei Jahren haben einerseits Theo Waigel, der ehemalige deutsche Finanzminister, und andererseits eine eher sozialdemokratisch ausgerichtete bedeutende Polit-Beratungsfirma ein Mandat. In unseren Gesprächen mit deutschen Politikern stossen wir immer auf Verständnis, mussten aber auch erkennen, dass das politische Berlin im letzten Wahljahr andere Schwerpunkte hatte. Wir bleiben aber dran, denn das Problem ist immer noch nicht befriedigend gelöst.

Der Schweizer Finanzplatz scheint international wenig Verbündete zu haben. Wäre es nicht sinnvoll, mit Singapur oder Hongkong eine gemeinsame Interessenvertretung zu gestalten?

Seit zwei Jahren ist diese Region auf unserem Radarschirm ins Zentrum gerückt. Wir haben unsere Kontakte intensiviert und auch Positionen ausgelotet. Ob daraus eine gemeinsame Interessenvertretung möglich ist, bleibt aber offen, da insbesondere Singapur im Private Banking nicht zuletzt auch auf Kosten der Schweiz wachsen möchte.

Welches sind Ihre wichtigsten Themen in der Schweiz?

Neben Basel II, wo wir bis auf die Umsetzung und Fragen zur Höhe der Eigenmittelunterlegung auf bestem Weg sind, gilt unser Augenmerk vor allem auch dem Kollektivanlagegesetz. Es beeinflusst direkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken. Wir haben uns in der Vernehmlassung vor allem dezidiert gegen die geplante Unterstel- →

Pinboard

Unternehmenssteuerreform II – für einen starken «Standort Schweiz»

Ein prosperierender Unternehmensstandort setzt gute steuerliche Rahmenbedingungen voraus. Darüber scheinen sich alle einig zu sein. Zur Frage, wie die richtigen Bedingungen aussehen müssen, gehen die Meinungen in der Öffentlichkeit aber oft auseinander. Seit November 2005 befasst sich der Ständerat mit der neuen Gesetzesvorlage. Sie kann entscheidend dazu beitragen, das Prädikat «Standort Schweiz» weiter zu verbessern. Die SBVg spricht sich deutlich dafür aus, diese Chance zu nutzen.

Einige wichtige Eckpunkte der Reform:

Dividendenbesteuerung

Die steuerliche Doppelbelastung im Verhältnis AG/Investor soll gemildert werden, sowohl auf Ebene der direkten Bundessteuer wie auch der Kantons- und Gemeindesteuern. Die Schweiz ist bis jetzt eines der wenigen Länder, die eine klassische steuerliche Doppelbelastung kennt (volle Besteuerung der Gewinne auf Ebene der Gesellschaft und volle Besteuerung der ausgeschütteten Dividenden auf Ebene der Investoren).

Unternehmensnachfolge

Es sind Verbesserungen auf Ebene der Unternehmensnachfolge für KMU geplant. Die so genannten «Ärgernisse» der indirekten Teilliquidation und der Transponierung sollen klar und praktikabel gesetzlich geregelt werden.

Vermögensverwaltung

Bei der vom Bundesgericht geschaffenen Praxis zum so genannten gewerbmässigen Wertpapierhändler (Besteuerung privater Kapitalgewinne auf Wertschriften) soll endlich die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt werden.

Personengesellschaften

Bei Unternehmen, welche in der Rechtsform von Personengesellschaften organisiert sind, sollen diverse steuerliche Nachteile beseitigt werden.
urs.kapalle@sba.ch

Loi sur les placements collectifs de capitaux (LPCC)

La Loi fédérale sur les placements collectifs de capitaux (LPCC) vise notamment les objectifs suivants :

- Renforcer la compatibilité de la législation suisse sur les fonds de placement avec la réglementation de l'Union européenne.
- Augmenter l'attrait et promouvoir la compétitivité de la place financière suisse en créant de nouvelles formes de placements collectifs telles que la SICAV et la société en commandite de placements collectifs.
- Adapter la protection des investisseurs en fonction de leurs besoins spécifiques et de leur statut (distinction entre investisseurs « ordinaires » et investisseurs « qualifiés »).

Notre Association a pris position de manière détaillée sur le projet de loi et insisté sur la nécessité d'une approche libérale dans les domaines suivants en particulier : appel au public (art. 3 LPCC) ; réglementation des produits structurés (art. 5 LPCC) ; notion d'investisseurs qualifiés (art. 10 LPCC). Elle a par ailleurs rejeté l'obligation d'émettre des parts de fonds de

lung von strukturierten Produkten und Hedge Funds geäussert. Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Mitspielern in diesen Bereichen. Das Regulierungskostüm darf diese Sektoren nicht zum Abwandern bringen.

«Gute Argumente allein reichen oft nicht aus. In den letzten Jahren äussern wir uns gegenüber den Zielgruppen pointierter und politischer.»

Wie vertreten Sie in dieser Angelegenheit die Interessen der Banken?

Wir haben selbstverständlich zuerst mit der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK), die diese Vorschläge aufgebracht hatte, Gespräche geführt. Dann sensibilisierten wir bereits letzten Dezember – anlässlich von regelmässigen Kontakten – die Schweizer Medien für diese zugegeben etwas technische Thematik. Schliesslich haben wir unsere Positionen auch unter den Politikerinnen und Politikern der beratenden Kommissionen der Eidgenössischen Räte bekannt gemacht.

In der Schweizer Politik dominieren immer mehr die beiden Pole, die permanent Wahlkampf betreiben. Wird es daher nicht immer schwieriger für Sie, mit sachlichen Anliegen Gehör zu finden?

Gerade in Zeiten, wo zuerst gesprochen und erst danach analysiert wird, ist es wichtig, mit guten und durchdachten Argumenten in die politische Arena zu gelangen. In Bern geniessen wir diesbezüglich einen guten Ruf. Sicher ist aber auch, dass gute Argumente allein noch nicht ausreichen. In den letzten Jahren haben wir unsere Kommunikation daher auch etwas verändert und äussern uns gegenüber den Zielgruppen pointierter und politischer.

Zum Schluss noch einen Blick in die längerfristige Zukunft. Wie reagiert die Schweizerische Bankiervereinigung auf den immer rascheren Wandel im Banking?

Eine unserer Hauptaufgaben ist es dafür zu sorgen, dass die Schweizer Banken im In- und Ausland optimale Rahmenbedingungen für ihre Geschäfte haben. Gerade in diesem Punkt sind aber nicht kurzfristige Entscheidungen gefragt, sondern gründliche Analysen, Hartnäckigkeit in der Argumentation und permanentes Monitoring der Umsetzung. Ganz sicher müssen wir aber noch stärker als in der Vergangenheit das internationale Regelwerk in unsere Überlegungen einbeziehen. So genannte Softlaws haben einen immer grösseren Einfluss auf unsere Regulierung. Deshalb ist klar, dass die Interessenvertretung für den Schweizer Finanzplatz nicht an den Landesgrenzen aufhören darf.

Persönlich

Opern liebe ich weil,

.... sie lyrisch und dramatisch zugleich sind.

Snowboarden

....bedeutet für mich «fitness and fun».

Paris zieht mich an

....wegen seiner Kultur und dem savoir vivre.

placement nominatives (art. 11 LPCC). Il est de surcroît important, dans l'intérêt de la place financière suisse, que le projet de loi puisse entrer en vigueur, comme prévu, début 2007.

Le Conseil des Etats sera saisi du projet de loi, en tant que deuxième Chambre, lors de la session d'été 2006.

mireille.tissot@sba.ch

CDB ora nell'Extranet dell'Associazione svizzera dei banchieri

Alle soglie del trentennale dell'entrata in vigore della prima Convenzione relativa all'obbligo di diligenza delle banche (CDB), l'interesse nei confronti della CDB e della giurisprudenza della commissione di vigilanza CDB è tuttora notevole. Abbiamo pertanto deciso di attivare nel nostro Extranet una rubrica CDB contenente la raccolta completa delle edizioni della CDB dal 1977 al 2003, tutti i rapporti sulle attività della commissione di vigilanza CDB e il commento sulla CDB 03. In futuro riporteremo all'interno della rubrica anche le principali decisioni della commissione di vigilanza in forma abbreviata.

renate.schwob@sba.ch

Swiss Security Day 2006

Am 18. Mai 2006 wird auf die Initiative von Infosurance (www.infosurance.ch) der Swiss Security Day durchgeführt. Dabei sollen Sicherheitsregeln im Internet sowohl Privatpersonen als auch KMU näher gebracht werden. Mehrere Finanzinstitute, u.a. UBS AG, Credit Suisse, Luzerner Kantonalbank sowie Post-Finance, nehmen an diesem Anlass teil. Mit verschiedenen Massnahmen vor Ort – in oder vor den Bankfilialen – soll das Vertrauen der Kunden in das E-Banking erhöht werden. Die Schweizerische Bankiervereinigung unterstützt diesen Anlass.

thomas.sutter@sba.ch

SSSBF – Scuola specializzata superiore di Banca e Finanza

Nell'ambito del perfezionamento extrauniversitario, l'ASB ha creato un corso di formazione nel settore bancario, equivalente a quello di una scuola superiore, che consente di conseguire il titolo di «Diplomato in economia bancaria SSS» (per il quale è previsto il riconoscimento federale). Il nuovo corso di formazione, che va a sostituire gli esami professionali e superiori in banche, assicurazione e pianificazione finanziaria (BAP), dura 6 semestri e avrà inizio nel settembre 2006 in tutta la Svizzera, in tre lingue nazionali e presso sedi diverse.

L'«AKAD Scuola Specializzata Superiore di Banca e Finanza SA» eseguirà il corso di formazione su incarico dell'ASB. Informazioni aggiornate sono disponibili all'indirizzo www.hfbf.info.

marie-theres.lorenzoni@sba.ch

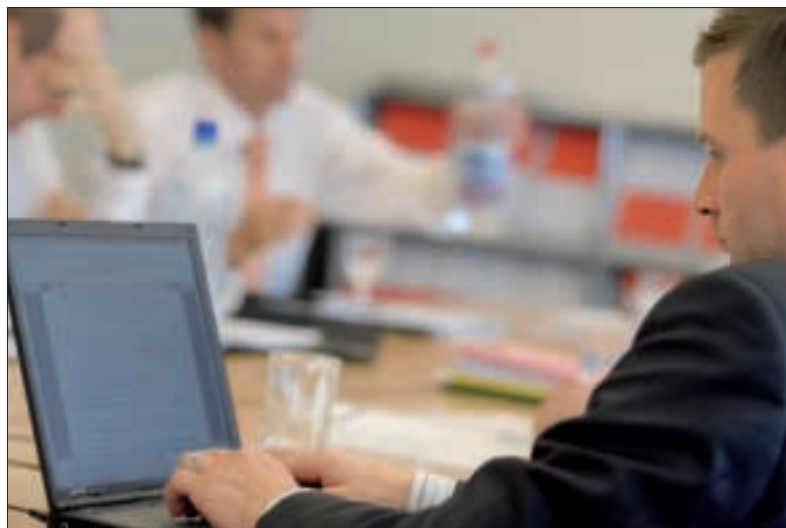


Notre invité
Jean-Pierre Danthine,
Professeur HEC-Lausanne
Managing Director,
Swiss Finance Institute

Swiss Finance Institute: opérationnel depuis le 1er janvier 2006 !

Lors de son entrée en fonction, Pierre Mirabaud, Président de l'Association suisse des banquiers (ASB), a lancé une initiative visant à renforcer durablement la formation en matière bancaire et financière. L'idée était et demeure aussi claire qu'évidente: pour rester compétitive dans un contexte de concurrence mondiale, une place financière doit disposer d'une recherche et d'un enseignement d'envergure internationale. Opérationnel depuis le 1er janvier 2006, le Swiss Finance Institute est actif dans le soutien à la recherche, à l'enseignement et dans la formation continue. Sur ce dernier plan, le Swiss Finance Institute reprend non seulement les activités de FAME, mais aussi celles de la Swiss Banking School active à Zurich depuis 1991. Le Swiss Finance Institute est lié de manière forte à 5 universités partenaires dont les Universités de Lausanne et Genève qui, ensemble, formeront le centre Swiss Finance Institute – Léman, ainsi que l'Université de Zurich et l'ETHZ (Swiss Finance Institute – Zurich) et l'Université du Tessin (Swiss Finance Institute – Lugano). Ces universités bénéficieront en particulier de co-financement de chaires professorales au niveau junior (professeur assistant avec pré-titularisation conditionnelle) ou senior (professeur ordinaire avec chaire Swiss Finance Institute) ainsi que de financement pour des professeurs visiteurs. L'objectif est que le pays ne soit plus perçu à l'étranger comme une grande place financière uniquement, mais aussi et de plus en plus, comme un grand centre de compétence et de formation. A moyen terme, la recherche suisse dans les domaines bancaire et financier doit occuper une position de pointe en Europe.

www.swissfinanceinstitute.ch



Die KOSA-Initiative schadet allen

Am 24. September 2006 stimmen Volk und Stände über die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» ab (KOSA-Initiative).

Die Initianten wollen, dass die Nationalbank zur Finanzierung der AHV herangezogen wird. Dies birgt erhebliche Gefahren: Wird die Gewinnausschüttung der SNB durch den Finanzbedarf der AHV diktiert, geraten Preisstabilität und Zinsniveau in Gefahr.

Die Initiative verlangt, dass künftige Reingewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB), abzüglich einer Milliarde Franken für die Kantone, an die AHV gehen. Die SNB selbst schätzt ihr langfristiges Ausschüttungspotenzial auf jährlich eine Milliarde Franken. Befürworter der Initiative argumentieren, die SNB unterschätze das Renditepotenzial ihres Vermögens und setze deshalb das Gewinnpotenzial zu tief an.

Tatsache ist, dass der finanzielle Mehrbedarf der AHV aufgrund der demografischen Entwicklung das Gewinnpotenzial der SNB bei Weitem übersteigt. Die AHV wird bis ins Jahr 2025 jährlich zwischen 11 und 14 Mrd. Franken zusätzliche Mittel benötigen.

Die KOSA-Initiative bewirkt eine Umverteilung der SNB-Gewinne, die bereits heute an die öffentliche Hand fließen. Sie erschliesst keine neuen Finanzquellen. Die Initiative weckt falsche Hoffnungen: Selbst wenn das Renditepotenzial der SNB-Vermögen höher sein sollte, als die SNB es heute einschätzt, könnte mit den Erträgen der SNB allein die AHV nicht gesichert werden. Mit einer Annahme der Initiative geriete die SNB in einen Zielkonflikt: Sie müsste einerseits weiterhin vorab Teuerung verhindern, andererseits würde die Politik zusätzliche Gewinnausschüttungen zur Finanzierung der AHV erwarten.

Die Folge davon wäre eine Unterminierung des Vertrauens in die SNB und des Primats der Geldwertstabilität. Die Unabhängigkeit der SNB hat der Schweiz seit Jahrzehnten einen stabilen Franken und tiefe Zinsen beschert. Davon profitieren Unternehmen, weil sie günstige Kredite erhalten. Davon profitieren sodann Mieter und Eigenheimbesitzer, weil Mieten und Hypothekarzinsen erschwinglich bleiben. Davon wiederum profitieren Rentnerinnen und Rentner, weil die Kaufkraft ihrer Renten gesichert ist. Davon schliesslich profitiert die Anlegerschaft im In- und Ausland. Die Qualität unserer Währung aufs Spiel zu setzen, wäre gefährlich und kurzfristig. Eine zukunftssichere AHV benötigt stabile Preise und braucht eine SNB, die ihren gesetzlichen Auftrag ungehindert erfüllen kann.

stefan.hoffmann@sba.ch

Basel II – Schlusspurt im Marathon

Die Vorbereitungsarbeiten für Basel II in der Schweiz sind auf Kurs. Bis Ende 2005 sind sowohl die Vernehmlassung der EBK zur schweizerischen Umsetzung von Basel II als auch die Quantitative Impact Study Schweiz (QIS-CH) planmässig abgeschlossen worden. Die SBVg bleibt weiterhin am Ball.

Nach Abschluss der öffentlichen Anhörung mit Ämterkonsultation sowie der QIS-CH führt die Nationale Arbeitsgruppe zur Umsetzung von Basel II in der Schweiz ihre Arbeiten unter der Federführung der EBK weiter. In unserer Stellungnahme vom Dezember 2005 (www.swissbanking.org, Rubrik «Vernehmlassungen») haben wir die Stossrichtungen der vorgesehenen Implementierung von Basel II unterstützt. Dabei plädieren wir insgesamt für eine adäquate Balance zwischen den Vorteilen einer überzeugenden und glaubwürdigen Eigenkapitalregulierung einerseits sowie einer Minimierung von Wettbewerbsnachteilen für schweizerische Banken im internationalen Vergleich (Level Playing Field) andererseits.

Gegenwärtig sind die Arbeiten im Zusammenhang mit der (finalen) Kalibrierung, d.h. der Festlegung von Risikogewichten und Multiplikatoren, in vollem Gang. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass die neue Eigenmittelverordnung (ERV) zusammen mit den zusätzlichen bzw. revidierten EBK-Rundschreiben «Kreditrisiken», «Marktrisiken», «Operationelle Risiken», «Risikoverteilung» und «Eigenmittel-Offenlegung» im Sommer der EBK und im Herbst dem Bundesrat zur Verabschiedung unterbreitet wird.

Die Zusammenarbeit zwischen Regulatoren und der betroffenen Bankenindustrie darf als konstruktiv und erfolgreich bezeichnet werden. Die SBVg wird weiterhin intensiv in der nationalen Umsetzungsgruppe mitwirken und die internationalen Entwicklungen im Rahmen der International Banking Federation sowie der European Banking Federation verfolgen.

markus.staub@sba.ch

Zinsbesteuerung – koordinierte Kommunikation der Banken

Die Kommunikation der SBVg zur Höhe des Ertrages des EU-Steuerückbehalts wurde innerhalb der Banken umfassend koordiniert. Die Medienberichterstattung fiel relativ neutral aus.

Anfang April setzte das Finanzdepartement den vielen Spekulationen über die Erträge des EU-Steuerückbehalts in der Schweiz für EU-Steuerpflichtige ein Ende. Für das erste Halbjahr haben die Schweizer Banken dem Bund rund 138 Mio. CHF abgeliefert. Davon werden gemäss Staatsvertrag 103 Mio. CHF auf die einzelnen EU-Länder aufgeteilt. In Erwartung eines gewissen Medieninteresses an dieser Zahl hat die Geschäftsstelle der SBVg im Vorfeld ihr kommunikatives Vorgehen im Rahmen der Kommission für Kommunikation und Public Affairs (Kopa) abgesprochen und koordiniert. Daraus ist eine Sprachregelung entstanden, die am Tag der Kommunikation der Höhe des Steuerertrages durch das Eidg. Finanzdepartement – wie bei anderen Fällen üblich – über das so genannte Quick Reaction Team (QRT) an die für die Kommunikation zuständigen Leute bei den Banken verteilt wurde. Das Medienecho fiel den Erwartungen entsprechend aus und die Tonalität der Berichterstattung war neutral bis positiv. Die Schweizer Medien hoben den Um-



stand hervor, dass die Schweiz den bilateralen Vertrag termingerecht umgesetzt hatte. Über die Höhe des Betrages zeigten sich die Medien positiv überrascht. Man war sich aber in den Artikeln einig, dass die Erträge die direkte Folge der EU-Zinsdirektive waren, also beispielsweise durch den von den EU-Ländern bewusst gewählten eingeschränkten Gültigkeitsbereich beeinflusst wurden.

thomas.sutter@sba.ch

- **25. Januar 2006**
Aussprache Banken, Aufsichtskommission VSB und Untersuchungsbeauftragte, Zürich
- **2. Februar 2006**
55th Meeting of the Banking Supervision Committee, FBE, Bratislava
- **3. Februar 2006**
Roundtable on Consolidated Banking Supervision, FBE, Bratislava
- **7. Februar 2006**
Swiss Bankers' Club mit Peter Malama (Geschäftsführer Gewerbeverband Basel), Basel
- **8. Februar 2006**
SwissBanking-on Air!
Anlass für Gymnasiasten, Wiedikon
- **8. Februar 2006**
Anlass für die Association de la presse étrangère en Suisse (APES) zur Zukunft des bilateralen Weges mit der EU, Genf
- **9. Februar 2006**
Lobbying-Reise nach Berlin
Erste Gespräche mit wichtigen Bezugspersonen der neuen Regierung, Aufnahme der im letzten Jahr durchgeführten Aussprachen
- **10. Februar 2006**
International Affairs Committee, FBE, Genf
- **22. Februar 2006**
Payment System Committee, FBE, Brüssel
- **23. – 24. Februar 2006**
Q.I.-Koordinationssitzung mit US-Finanzbehörde (IRS), Brüssel
- **2. März 2006**
SBVg Seminar Strukturierte Produkte / Hedge Funds / Alternative Anlagen, Bern
- **8 mars 2006**
Swiss Bankers' Club avec Prof. Jean-Pierre Danthine, Directeur Swiss Finance Institute, Genève

- **15. März 2006**
SBVg-Seminar «Steuern und Wertschriften», Zürich
- **20. – 24. März 2006**
Lobbying-Reise nach Washington und New York
Die Gespräche fanden auf hoher politischer Ebene (mit US Treasury Dept., Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN), US Securities and Exchange Commission (SEC), Staffers House und Senate banking and finance committees, American Bankers Association, Vertretern von US-Banken und Schweizerischer Botschaft) zu den Themen Amtshilfe, Regulierung und Basel II statt.
- **23. März 2006**
Referate an der Fachtagung zum Geldwäschereigesetz von PricewaterhouseCoopers, Zürich
- **4. April 2006**
Swiss Bankers' Club mit Ernst Mühleemann, Zürich
- **6–7 avril 2006**
Séances du Conseil et du Comité exécutif de la Fédération bancaire de l'Union européenne (FBE), Bruxelles
- **12. April 2006**
SwissBanking-on Air!
Anlass für Gymnasiasten, Dübendorf
- **24. – 25. April 2006**
Lobbying-Reise nach Brüssel
Besuche bei Mitgliedern des Kabinetts des Ratspräsidenten und der Europäischen Kommission sowie bei Vertretern einzelner Generaldirektionen der Europäischen Kommission
- **26. April 2006**
Informationsseminar «Finanzmarktregulierung im Zeichen der Globalisierung – Entwicklungen und Perspektiven», Berlin

- **27. April 2006**
Kommission für Wettbewerbsfragen, economiesuisse, Zürich
- **2. Mai 2006**
EBIC (European Banking Industry Committee), Mortgage Credit, Brüssel
- **3. Mai 2006**
Forum VSB, Zürich
- **8. Mai 2006**
Treffen Fédération romande immobilière / SBVg, Lausanne
- **12 maggio 2006**
Swiss Bankers' Club con il Prof. Jean-Pierre Danthine, Direttore Swiss Finance Institute, Lugano
- **15.–19. Mai 2006**
China / Gespräche mit den für den Finanzbereich zuständigen Behörden und Treffen mit der chinesischen Bankiervereinigung
- **18. Mai 2006**
Swiss Compliance Officers Meeting, Zurich
- **22. Mai 2006**
Treffen Treuhand-Kammer / SBVg, Zürich
- **31. Mai 2006**
Forum Finanzplatz Schweiz, Podiumsdiskussion über die Chancen und Risiken des Finanzplatzes Schweiz, St. Gallen
- **2. Juni 2006**
Seminar «Zahlungsverkehr», Zürich
- **12. Juni 2006**
Gespräche mit Experten der OECD, Paris
- **12. –13. Juni 2006**
Journalistenseminar der SBVg zu den Themen Rechnungslegung, Rechtshilfe und strukturierte Produkte, Bern
- **30. Juni 2006**
Seminar in Zusammenarbeit mit der Corporation of London und der Schweizerischen Botschaft, London



Renate Schwob
Mitglied der Geschäftsleitung der SBVg,
Leiterin Bereich Finanzmarkt Schweiz

Porträt: Renate Schwob

Seit April 2004 leitet die promovierte Juristin mit Anwalts- und Notariatspatent den Bereich Finanzmarkt Schweiz der SBVg. Nach langjähriger Berufspraxis in der öffentlichen Verwaltung und im Bankbereich leitete sie zwischen 1999 und März 2004 das Ressort Legal & Compliance für die Divisionen Trading and Sales und Investment Management bei Credit Suisse.

Zentrales Thema des vielseitigen Bereichs «Finanzmarkt Schweiz» stellen naturgemäss die unzähligen Regulierungen aller Stufen für die in der Schweiz tätigen Banken dar. Dabei ist für uns wichtig, die Interessen der verschiedenen Bankengruppen zuerst zu bündeln und dann bei

den zuständigen Behörden klar und dezidiert zu vertreten. Mit meinem Team begleite ich Finanzmarktregulierungen des Parlaments und des Bundesrates sowie der Aufsichtsbehörde EBK. Aktuelle Beispiele, mit denen wir uns sehr intensiv beschäftigen, sind das Finanzmarktaufsichtsgesetz, Basel II, das revidierte Aktienrecht, die Vorschläge zur Umsetzung der revidierten Empfehlungen der FATF oder die Richtlinien der EBK zur Bekämpfung des Marktmissbrauchs. Staatliche Regulierungen begleiten heisst einfach ausgedrückt, Regulierungsprojekte von Beginn weg bis zur parlamentarischen Beratung aktiv zu begleiten. Dies schliesst selbstverständlich sowohl die aktive Teilnahme in Arbeitsgruppen der Verwaltung als auch die Erarbeitung von Vernehmlassungen ein. Gleichzeitig kann es effizienter und praxisnah sein, in Selbstregulierung gewisse Sachverhalte zu regeln. Wo immer dies geboten und von den Mitgliedern gewünscht wird, favorisieren wir diese brancheninterne Lösung. Prominentestes Beispiel: die Vereinbarung über die Ständeregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB). Zu den weiteren Aufgaben meines Teams gehört auch die Führung der Sekretariate unserer zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen, die sich aus Spezialisten aus der Bankenpraxis zusammensetzen und spezifische Fachthemen bearbeiten. Selber engagiere ich mich stark in den Bereichen Marktaufsicht, Compliance allgemein und Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.
renate.schwob@sba.ch

Neumitglieder

- Banca Intermobiliare di Investimenti e Gestioni (Suisse) SA, Lugano
- Bank für Tirol und Vorarlberg AG, Innsbruck, Zweigniederlassung Staad, Staad
- cashgate AG, Zürich
- Clientis AG, Bern
- Hypo-Alpe-Adria Bank (Liechtenstein) AG, Schaan
- ING Belgique, Bruxelles, succursale de Genève, Genève
- Mirelis InvesTrust SA, Genève
- NPB Neue Privat Bank AG, Zürich
- SIS x-clear AG, Zürich
- Trans Fiduciaire SA, Lugano
- UEB (Switzerland), Genève
- Univalor Trust SA, Genève

Kommission für Personalfragen

Im Dezember 2005 hat unser Verwaltungsrat die Kommission für Personalfragen (KPF) ins Leben gerufen. Sie löst die bisher von der SBVg unabhängig tätige Personaldirektorenkonferenz der Banken (PDK) ab. Die Meinungsbildung der Banken in arbeitsrechtlichen und personalpolitischen Fragen kann nun repräsentativer erfolgen und die Meinung der Banken kann in diesen Themen besser nach aussen vertreten werden. Die KPF arbeitet wie die bisherige PDK mit der Arbeitgeberorganisation der Banken in der Schweiz zusammen, welche von den Platzbankenverbänden getragen wird.
lucas.metzger@sba.ch